



**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung nach der
Verwaltungsvorschrift des Staatsministeriums zur Bekämpfung
von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens
(VwV Bekämpfung Antisemitismus)
vom 1. Januar 2026**

I. Antragsteller/in (Nr. 3 VwV Bekämpfung Antisemitismus)

Name Antragsteller/in:	
Straße, Hausnummer: Postleitzahl, Ort:	
Gründungsdatum:	
Ansprechpartner/in: (Name, Telefon, E-Mail):	

**II. Angaben zum Projekt (vgl. Nr. 2 und Nr. 4 VwV Bekämpfung
Antisemitismus)**

Projekttitel:	
Projektzeitraum:	
Beantragte Fördersumme:	

III. Projektbeschreibung

a) Zusammenfassung

b.) Projektaktivitäten und geplante Maßnahmen (vgl. Nr. 2 und Nr. 4 VwV Bekämpfung Antisemitismus)

--

IV. Erklärung (Zutreffendes bitte ankreuzen)

☐	Wir erklären, dass unsere Organisation nicht vorsteuerabzugsberechtigt ist (vgl. Nr. 4.3 VwV Bekämpfung Antisemitismus).
☐	Wir erklären, dass unsere Organisation vorsteuerabzugsberechtigt ist (vgl. Nr. 4.3 VwV Bekämpfung Antisemitismus).
☐	Wir erklären, dass wir außer den im Kosten- und Finanzierungsplan aufgeführten Zuwendungen keinen weiteren Antrag auf Förderung des Projekts gestellt haben und auch keine weiteren Anträge zur Bezuschussung dieses Projekts stellen (vgl. Nr. 5.3 VwV Bekämpfung Antisemitismus).
☐	Wir erklären, dass wir die datenschutzrechtlichen Hinweise nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zur Kenntnis genommen haben und willigen in die Verarbeitung und Speicherung der Daten zum vorgesehenen Zweck zu.
☐	Wir erklären, dass uns bekannt ist, dass alle Angaben im Antrag einschließlich eingereichten Anlagen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 Landessubventionsgesetzes und § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen sind. Ändern sich subventionserhebliche Tatsachen im Laufe des Projektzeitraums, ist dies der Bewilligungsbehörde unverzüglich mitzuteilen.
☐	Wir erklären, dass das Projekt zum Zeitpunkt der Antragsstellung noch nicht begonnen wurde (Nr. 5.1 VwV Bekämpfung Antisemitismus). Ein Projekt gilt als begonnen, sobald entsprechende vertragliche Verpflichtungen zum Vorhaben eingegangen wurden, z.B. Abschluss entsprechenden Liefer- und Leistungsverträge (vgl. Nr. 5.2 VwV Bekämpfung Antisemitismus).
☐	Hiermit beantragen wir den vorzeitigen Projektbeginn zum (TT.MM.JJJJ):

	Begründung der Notwendigkeit des vorzeitigen Beginns (Nr. 5.1 VwV Bekämpfung Antisemitismus):
--	---

Der entsprechende Kosten- und Finanzierungsplan (Nr. 8.1 VwV Bekämpfung Antisemitismus) ist diesem Antrag beigelegt.

Ort, Datum

Vor- und Nachname Vertretungsberechtigte/
Vertretungsberechtigter

Unterschrift Vertretungsberechtigte/
Vertretungsberechtigter

**Bitte senden Sie Ihren Förderantrag mit unterzeichnetem Kosten- und Finanzierungsplan
an das
Staatsministerium Baden-Württemberg, Ref. 44, Richard-Wagner-Str. 15, 70184 Stuttgart oder per
E-Mail an Beauftragter-gegen-Antisemitismus@stm.bwl.de**